

Die „Vorwärts“-Verlagsanstalt...
Verlag: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10-111.
Telefon: 2400 und 2406.

Die „Vorwärts“-Verlagsanstalt...
Verlag: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10-111.
Telefon: 2400 und 2406.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 25. Februar 1919

Nummer 101

Eine Hecke gegen München.

Eine teuflische Gemeinheit.

In München hat das Proletariat unter dem Eindruck der fürchterlichen Bluttat gegen Eisner seine Einigung auf revolutionär-sozialistische Grundzüge vollzogen. Das Organ der Mehrheitssozialisten, die wieder erklimmte „Münchener Post“, vertritt unter der Mithilfe der Ereignisse die Politik, die der Zentralrat eingeschlagen hat: Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums, Beranerkennung des Räteystems in der Verfassung, proletarische Einheitsfront gegen „rechts“. Das ist in Nürnberg der Fall. Die bürgerlichen Parteien müssen einsehen, daß nur eine rein sozialistische Regierung die Dinge meistern kann, und haben sich bereits damit abgefunden, daß ihre Beteiligung an der Regierung unmöglich ist.

Das paßt aber den rechtssozialistischen Führern nicht, die fürchten, daß das Münchener Beispiel nachwirkend ihren Bund mit den liberalen und liberalen Bourgeoisparteiern unzulässig machen und ihre eigene Herrschaft bedrohen könnte. Deshalb legen sie alles dran, Vorwände zu finden, um, wenn nicht anders, so mit Gewalt die Politik des Münchener Proletariats zunichte zu machen. Mit geradem teuflischer Gemeinheit sucht der „Vorwärts“ die Schüsse im Landtag, die den Minister Kuer kauer verlegt und den Zentrumsvorstand getötet haben, gegen das Münchener Proletariat auszuwerfen. Zu diesem Zweck erfindet er, daß ein gewisser Lindner, der das Attentat begangen haben soll, im Einverständnis mit einem revolutionären Arbeiterrat gehandelt hätte, und die gewalttätige Sprengung des bayerischen Landtages beabsichtigt habe. Auch die Schutzwache des Landtages sei im Komplott gewesen. Beabsichtigt sei gewesen, die mehrheitssozialistischen Führer, außer Kuer noch Kosschauer und Timm, zu ermorden. Das Verbrechen sei außerordentlich sorgfältig vorbereitet gewesen.

Die Absicht dieser Sensationsmeldung ist ganz klar. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß München unter der Herrschaft einer „fortschrittlichen Minderbande“ stehe und daß nichts dringender sei, als daß Herr Kosschauer einmarschiert. Unter dem Schutze der Weichen werden dann die rechtssozialistischen Führer mit dem Zentrum und den Liberalen die Regierung übernehmen können. Das Proletariat wäre machtlos und Eisner endlich ganz unschädlich gemacht.

Sollen wir erst noch sagen, daß die ganze Komplottgeschichte eine gewissenlose Erfindung ist? Das geht ja schon daraus hervor, daß nach allen bisherigen Meldungen die Schüsse die das Unheil angerichtet haben, wahrscheinlich nur von einem einzigen Menschen abgegeben wurden. Es wurde zwar Anfangs noch von Schüssen berichtet, die von der Galerie gefallen seien, aber diese Meldungen sind ganz unbestätigt. Wäre wirklich ein Komplott, das mehrere Teilnehmer umfaßt, vorhanden gewesen, so wären, da die Schutzwache ja angeblich verlor, wohl ganz andere Ereignisse eingetreten.

Den sicheren Beweis aber, daß die Geschichte erfunden ist, erbringt der Umstand, daß den Ministern Kosschauer und Timm nicht nur nichts geschähen ist, sondern daß Kosschauer zu seinem eigenen Schutz in Haft genommen worden war (der „Vorwärts“ ließ ihn allerdings in der Haft ermorden), und dann völlig unbehelligt in Freiheit gesetzt wurde, und daß Timm Mitglied des neuen Ministeriums werden soll.

Dazu kommt, daß die Rechtssozialisten in München, Nürnberg, Augsburg sich überall in die proletarische Einheitsfront eingemischt haben, was sicher nicht der Fall wäre, wenn sie meinten, daß ihre Führer ermordet werden sollen.

Nein, es ist ganz sicher, daß die Geschichte erfunden worden ist, um sie gegen das Zusammengehen der sozialistischen Parteien in Bayern auszuwickeln. Denn die rechtssozialistische Führung fürchtet heute nichts mehr, als die Einigung des Proletariats, da sie weiß, daß es dann mit ihrer Politik zu Ende wäre.

Deshalb diese unerhörte Hecke des „Vorwärts“, die nur eine Parallele hat: die infame Ankußung des Attentats des Kosschauer, die zu dem Sozialisten gleich geführt hat. Auf dieser Stufe der politischen

Berlumpung ist heute der „Vorwärts“ angelangt. Die Politik des Kampfes gegen den inneren Feind hat eben ihre eigene Konsequenz und die rechtssozialistische Führung ist bereits dort, wo Dismard war, als er die Buttkamer und Tessendorf auf die deutsche Arbeiterklasse losließ.

Schamlose Hege!

Zu neuem Brudermord stoßelt die „Sozial. Korresp.“ des Heilmann auf. Der Bursche schreibt über die Münchener Vorgänge:

Noch weniger darf die Sozialdemokratie sich dem Terror von links beugen. Spartakisten und Unabhängige meucheln die sozialdemokratischen Führer (1) und durchleben schwerbewaffnete die Straßen der bayerischen Großstädte. Es wäre denkbar, daß im Augenblick die Sozialdemokratie ihnen keine gefährliche Waffenschmiede entgegenstellen könnte. Das wäre der Beweis, daß sie in den vergangenen Monaten schwere politische Fehler gemacht hat. Sie mußte wissen, daß es zwischen den Volkswritten und uns auf die Dauer keine Verständigung geben kann, daß der Kampf auf Leben und Tod auszufochten werden muß und daß nur für eines von beiden Platz ist, entweder für die Diktatur oder für die Demokratie.

Aber wenn die anderen im Augenblick nicht durch die Zahl ihrer Anhänger, sondern durch das Übergewicht der Waffen die Macht an sich reißen, muß die Sozialdemokratie gegen ihre Gewalttätigkeit den Kampf für das Recht der freien Volkswahl aufnehmen und unerfütterlich führen. ... Der Hege treibt dasselbe Handwerk, das er während des Krieges zu seiner Verlängerung getrieben, heute gegen die revolutionäre Arbeiterchaft. Und seine Korrespondenz verlorat die ganze rechtssozialistische Brotpresse mit „politischer Stellungnahme“.

Der Generalstreik in Mit'e'deuf'chland.

Feit, 25. Februar. In Feit ruht die Arbeit vollständig infolge des Generalstreiks. Da das Elektrizitätswerk die Stromlieferung einstellt, wird der Eisenbahnverkehr, der hier auf elektrisch betriebene Weichen angewiesen ist, nur mit großen Schwierigkeiten vorläufig noch aufrechterhalten. Die Wasserversorgung der Stadt ist eingestellt. Die Zeitungen sind infolge des Streiks gleichfalls am Erscheinen verhindert. Die Bürgerschaft des Stadt- und Landkreises Feit will ihrerseits den Generalstreik proklamieren, um die Wiederaufnahme der Arbeit durch die ausständigen Arbeiter zu erzwingen.

Ruhe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

TU. Essen, 25. Februar. Im Industriegebiet ist ziemlich allgemein die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auf den Gütern und Schachwerken des Bezirkes wo die Streikbewegungen überhaupt am geringsten gewesen waren, sind nur gezwungen gefeiert wurde, sind die Arbeiter gestern vollständig erschienen. Auf den Sechen des Ruhrbezirkes sind die Bergarbeiter gestern früh zum größten Teil wieder angefahren. Im nördlichen Teil des Ruhrbezirkes im Gelsenkirchener, Bochumer, Recklinghauser Dortmund, und Dammmer Revier, ebenso im Rattinger und Verdener Revier, wird wieder gearbeitet.

Dortmund, 25. Februar. Auf sämtlichen Sechen des hiesigen Bergwerksreviers wurde gestern gearbeitet. Das gleiche gilt auch von den Werken der übrigen Industrie.

T.U. Münster, 25. Februar. In der Konferenz zwischen den Delegierten der A. und S. Räte des Industriebezirks, dem Streikkomitee und dem Generalkomitee, wurde festgestellt, daß die Vereinbarungen an vielen Stellen nicht eingehalten worden seien, und daß immer wieder Verstöße vorkämen. Die Vertreter des Streikkomitees suchten diese Vorwürfe mit dem Hinweis auf unzureichende technische Mittel zu entkräften. Das Komitee war der Ansicht, daß bis zum 25. Februar die Zurücknahme der Resolutionen, Gruppen hinter die Lippe erfolgen sollte, während das Generalkomitee auf dem Standpunkt steht, es habe lediglich zugehört, an diesem Tage eine Aussprache über diese Frage herbeizuführen. Schließlich wurde beschlossen, die Militärbehörde mit der Durchführung der Entwaffnung der Zivilbevölkerung zu beauftragen.

Im Schlepptau der bürgerlichen Parteien.

Von Prof. Dr. C. Balloß.

Wir haben im Reiche bei den Wahlen zur Nationalversammlung und im Staate Preußen bei den Landtagswahlen eine bürgerliche Mehrheit bekommen. Daran ist nichts zu ändern. Zwar diese Mehrheit ist mit größter Wahrscheinlichkeit eine Frauenmehrheit. Zunächst ist die Anzahl der männlichen Wähler wegen des Ausfalls von 2 Millionen an Toten und nahezu 1 Million an noch nicht heimgekehrten Gefangenen eine erheblich geringere gewesen, als die der Frauen; es dürften 16 Millionen Männern 10½-12 Millionen Frauen gegenübergestanden haben. Man hätte Männer- und Frauenstimmen leicht getrennt zählen können durch Verordnungen verschiedenfarbiger Umschläge. Das ist nun bedauerlicherweise verjämmt worden. Wir können also nicht exakt beweisen, wieviel Prozent Frauen bürgerlich gestimmt haben. Wir haben aber eine große Wahrscheinlichkeit bezw. es ist ganz notorisch, daß in allen katholischen Gebieten, in denen ja der katholischen Geistlichkeit der Reichstribunal und durch den Reichstribunal Seligkeit oder Döllensstrafen zur Verfügung stehen, die Frauen sozialistischer Männer ganz überwiegend bürgerlich gestimmt haben. Wie sollte es sonst zu erklären sein, daß in Rheinland-Westfalen trotz bürgerlicher Mehrheit die sozialistisch gesinnten Kohlenarbeiter die Lage beherrschten. Die wirklichen wirtschaftlichen Macht- und Arbeitsverhältnisse sind eben weit sozialistischer, als die Stimmzettel haben erkennen lassen!

Hätte die Mehrheitspartei sich darauf besonnen, so würde sie erkannt haben, daß sie es gar nicht notwendig hätte, an bürgerlichen Parteien so sehr viel Konzessionen zu machen. Die Hege gegen die Arbeiterräte verdrängt die eine Tatsache, daß das Kräfteverhältnis bei der eigentlichen werktätigen Arbeit ein anderes ist, als bei den Stimmzetteln: man will die werktätige Arbeit wieder fruchten! Aber angenommen, daß die Mehrheitspartei sich nach den durch die Volksabstimmung gegebenen Partei-machtverhältnisse zu richten hätte. Angenommen, daß sie um in der Regierung zu bleiben, den bürgerlichen Parteien Konzessionen zu machen brauchte. Wodurch aber ergab sich von selbst die Gegenfrage: Welche Konzessionen machen die zur Mitherrschaft berufenen Parteien dem Sozialismus?

Soll etwa diese Konzession in dem Kleinrentengesetz bestehen, das die Schaffung von etwa 400.000 neuen Kleinrentenstellen in Aussicht nimmt? Dieses Gesetz ist doch eine Konzession nicht an den Sozialismus, sondern an den Individualismus! Höchstens an die Demokratie — genau betrachtet aber sogar an den Konservatismus! Denn die künftigen Kleinrenten werden doch mit den bisherigen Renten zusammenhalten, sich dem Bunde der Landwirte anwenden, weil dieser schon das Eintreten für Schutzzölle versprochen wird, was die Demokraten nicht können.

Sollen Konzessionen in der Frage der Sozialisierung des Kohlenberaubens gemacht sein? Das was der neue Reichswirtschaftsminister Wisell erklärt hat, unterscheidet sich nicht zu sehr von dem Programm August Müllers, der die Sozialisierung der Kohle im gegenwärtigen Moment als „Vorbeden“ bezeichnet!

Ein ecklicher konservativer Nationalökonom, Adolf Wanner, hielt die Verstaatlichung des Verabens und der Vericherung bereits vor 40 Jahren für verboten, und bürgerliche Parteiführer haben auch wiederholt die Ausnahmestellung der Kohle, die Monopolstellung der Kohlenherren im Wirtschaftskreis der Reichweite anerkannt. Daß man die Kohle bloß im gegenwärtigen Moment nicht sozialisieren dürfe, um dem Feinde nicht ein Querschen zu ermöglichen, ist ein Sozialismus, an das ihre Vertreter unendlich glauben können: hat doch der Weltkrieg gezeigt, daß heute nichts sein Privatvermögen vor feindlichem Zugriff sicher ist, daß der Sieger nimmt, was er kriegen kann. Unsere Regierung hat ja selbst im Frieden zu Vorkriegszeit das böse

Beispiel gegeben, auf die römischen Volkswirtschaften
Beispiel gegeben, auf die römischen Volkswirtschaften
Beispiel gegeben, auf die römischen Volkswirtschaften

Wohl aber ist die Sozialisierung aus einem anderen
Grunde richtig und unumgänglich: gerade um Hauptstädter
zu schaffen zum Zwecke der Ermöglichung fremden Kredits!

Aber — sozialisiert wird nicht, wenigstens nicht von
Staats wegen. Das bleibt da vom Sozialismus noch übrig?

Nun, es ist kein Geheimnis: die bürgerlichen Partei-
führer werden sich für die Uebernahme der Herrschaft
bedanken, weil sie wohl wissen, daß dann nicht mehr die

Als die bürgerliche Parlamentsherrschaft wäre das
Rücken gegen den Stachel der wirklichen
wirtschaftlichen Uebermacht! Was folgt daraus?

Wie gedenkt man denn überhaupt ohne Staatsbankrott
mit den Finanzen fertig zu werden, wenn man nicht zu einer
ganzen Reihe von wirklichen, nicht Pseudo-Monopolen

Intellektuelle Entartung.

Von Anna Siemsen.

In Bremen haben sich alle älteren Schüler der höheren Schu-
len zusammengesetzt und haben eine politische Resolution gefaßt.

- 1. Wegen die Abschaffung des Religionsunterrichtes.
- 2. Wegen die Reform des Geschichtsunterrichtes.
- 3. Wegen die Entsetzung der Kaiserbilder aus den Schulen.

Das ist keine Eingelerscheinung. Wo unsere „höhere“, wo
unsere akademische Jugend während des Krieges und während
der Revolution politisch demonstriert oder Stellung genommen

Woan liegt das? Man muß so fragen. Denn an sich ist
die Jugend zur Opposition, zur Revolution, zur freirechtlichen
Bewegung geneigt. Und unsere deutsche Jugend hat keine Aus-
nahme gebildet.

Die drei siegreichen Kriege über eine starke Suggestion-
kraft, der jugendlichen Heldensucht dient Bismarck als Idol
und wirkt tief demoralisierend; er macht eine antimoralische
Rachtpolitik zum nationalen notwendigen Glaubenssatz.

wirtschaftlichen Kleinbetriebes? Aber — das wäre ja Sozial-
isierung!

Merkwürdig: im Kriege mußte das Zusammen-
legen der Betriebe die Beibehaltung lediglich der best-
eingerichteten Betriebe dazu behalten, um durch Frei-
werdung überschüssiger Arbeiterkraft und ihre anderweitige

Die Erklärung, wir könnten heute nicht sozialisieren,
weil wir verarmt wären, ist eitel Heuchelei. Gerade weil
wir verarmt sind, müssen wir sozialisieren, um die Arbeit

Candeston'erenz der U. S. P. Sachsens.

Am Sonntag, den 23. Februar, tagte zu Dresden eine
Landestonferenz der U. S. P. Sachsens, die von 56 Vertretern,
darunter 35 Delegierten aus 15 von den 23 ehemaligen Reichstags-
wahlkreisen des Landes und 8 Abgeordneten der sächsischen

Der Niederlag der Aussprüche war ein Aufschrei, der
nach einer flammenden Brandmarke des Blutregiments und
der antisozialistischen Praxis der Weimarer Koalition zum
Kampf gegen das verbrecherische System aufrufte.

In der Debatte wurde zu diesem letzten Punkte immer
wieder betont, daß eine solche Einigung nur in der revolutionären
Aktion erreicht werden könne. Der Parteitag müsse scharf und

Ihre Entwicklung in Sachsen ist zur Zeit recht erfreulich
— Rückschlüsse, die die Ablosung der Kommunisten mit sich ge-
bracht, sind zwar noch nicht überall nun völlig überwunden.

Der zweite Punkt betraf die zeitweilige Politik und
dachte sich hauptsächlich um die Frage, ob die Partei das Angebot
der Rechtssozialisten, wieder in die Regierung einzut-
reten, annehmen solle.

Die Fraktion der U. S. P. Sachsens erklärt in Uebereinstim-
mung mit der Landestonferenz der U. S. P. Sachsens, daß sie
bereit ist, zur Herbeiführung und zur Sicherung der sozialistischen

- 1. Bildung eines sozialistischen Ministeriums,
- 2. Ablehnung eines Staatspräsidenten für Sachsen.
- 3. Grundgesetzliche Anerkennung der deutschen Einheitsrepublik.
- 4. Wägige Demobilisation des bestehenden Heeres.
- 5. Entlassung der Mannschaften und Offiziere.
- 6. Sicherung der durch die Revolution erzwungenen politischen Freiheiten.

gepögt (denn das System des alten Regimes war klug, bedenken-
los und folgerichtig) von allen staatlichen und bürgerlichen Er-
ziehungsinstituten: Schule, Universität und Presse.

Dieser geistige Porozismus unseres deutschen Bürgertums ist
etwas einzig Dastehendes in der Welt. Er ist die größte Gefahr
für Deutschland und für die deutsche Revolution.

Wirtschaftlicher Art sind sie nicht, sonst würde die Bourgeoisie
der anderen Länder nicht ihre Intellektuellen als Ueberläufer ins
proletarische Lager senden; nationale sind es nicht — trotz allem

Die höheren Schulen, wie sie heute sind, ihrem Verwaltungs-
system, ihrem Lehrplan, ihrem Lehrplan nach, sie sind der
Feind, der sich jeder zeitigen Erneuerung Deutschlands entgegen-

6. Verfassungrechtliche Anerkennung der
Arbeiter- und Soldatenräte.

7. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische
Wirtschaftssystem stören.

8. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisie-
rung.

Darunter ist zu verstehen: Die Ueberführung der gesamten
kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische muß unmittelbar
in Angriff genommen werden. Die wichtigsten Produktionsmittel

Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundätzen
aufzubauen, die Verteilung der Verbrauchsgüter ist nach sozialisti-
schen Grundätzen zu regeln.

Die Partei nimmt auf diese Weise den Rechtssozialisten
jeden Vorwand, ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen
einer Weigerung der U. S. P. D. zu beschönigen, mit ihnen eine
reinsozialistische Regierung zu bilden.

Am Montag werden Organisations- und Pressefragen er-
örtert werden. Unsere Dresden-Genossen, die zur Zeit noch
ein Kopfbild der „Leipziger Volkszeitung“ beziehen, werden sich
in Kürze selbständig machen.

Die Epichelorganisation im Generalstab.

Wolffs Bureau verbreitet folgendes Telegramm:
Der Generalstab ersucht die berechtigten Re-
daktionen nach Ausgabe Nr. 488 gedruckten Meldung:

Die „rote Fahne“ vom 23. Februar erdreißt sich von neuem,
von der Epichelorganisation eines Dr. Gaertner im General-
stabe zu reden. Im Generalstab gibt es weder eine Epichelorga-
nisation, noch einen Dr. Gaertner.

Der Generalstab spekuliert auf das kurze Gedächtnis
der Leser, wenn er mit diesem Dementi hervortritt und es in
die Presse zu lancieren sucht. Wir haben bereits am 7. Fe-
bruar auf Nachfrage veröffentlicht, daß im Gebäude des
Großen Generalstabes, Zimmer 124, eine Politisch-
Parlamentarische Nachrichtenstelle der Regie-
rung befindet, die von einem Herrn geleitet wird, der
den Namen Dr. Gärtner als Pseudonym führt.

Wie öffentliche Meinung gemacht wird.

Der Sonderberichterstatter der „Täglichen Rundschau“ ent-
wirft von der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die
Regierung folgende annähernde Schilderung:

Vormittag um 11 Uhr ist in Weimar fast alljährlich
Paroleausgabe der Regierung. Man nennt das
Pressekonferenz. Konferenzzeit ist immer irgendwelcher von der
Regierung, und die Pressevertreter sind das Publikum.

greifbarste Gegner. Nicht auf der Straße und nicht in Wahl-
kämpfen wird die letzte und entscheidende Schlacht geschlagen
werden um den Sieg des sozialen Gedankens, sondern im
Kampf um die Jugend. Und wir werden in diesem

Es wäre besser gewesen, überhaupt gar nichts zu reformieren,
als Reformklasse ganz zurückzunehmen oder teilweise abzu-
schwächen. Selbst wenn wir nichts tun, wirken jetzt die Ereig-
nisse, nur unsere Unentschlossenheit, nur unser Ausweichen kann
ihre Wirkung schwächen.

Aber dieser eine Eingriff, so energisch er erfolgen mag, ge-
nügt nicht. Er ist nur die Vorbedingung für eine systematische
Umgestaltung des ganzen antikerischen und bürokratischen
Equivalenzsystems. Nur habe die Reihenfolge dieser notwendigen Re-
formen angedeutet: Verwaltungsreform, Personalreform, Re-
plantform. Ich bin überzeugt, daß nur diese Reihen-
folge einen Erfolg gewährleisten wird. Wird sie nicht innegehalten,
so verfallen alle Reformversuche einer Schwärze der unterge-
ordneten Verhältnisse, welche durch positiven Widerstand oder durch Um-
deutung sie in ihr Gegenteil verkehrt.

Murren. Man grölle nicht nur rechts, man grölle auch links. Die Reklame war zu lebhaft, wird mit ergriffen. Da sei es neu, als E. Feldmann am Abend im Theater-Jahre die Presse um sich versammelte, viel feiner hergegangen, zumal da Bier und kalter Kaffee die Gemüter auf Reklamekosten glätteten. Erst recht kein Wort es später in Berlin werden, wo die Regierung ein präglisches Palais als Reichsbau einrichten will, um dort ihr tägliches Stillsitzen mit der öffentlichen Meinung abzuhalten.

Ludendorff reifert sich.

Berlin, 24. Februar.

Wie die Telephon-Union erfährt, hat General Ludendorff den deutschen Gesandten in Stockholm um Übermittlung folgender Schreiben an den Präsidenten der deutschen Republik, Herrn Ebert, gebeten:

Herr Präsident!

Im November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück. In Ruhe, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, leste ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit schriftlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus lernen wird.

Ich will dem deutschen Volke weiter dienen, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not brauche es jede Kraft, die selbstlos nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volkes steht wider mich. Aus meiner Schrift wird es mein Handeln erkennen. Sie kann nur meine Auffassung vertreten. Es ist für das Vaterland, aber auch für mich notwendig, daß alleseitige Klarheit darüber herrscht, was ich während der vier Kriegsjahre tat und wo die Wurzeln unseres Unpflugs liegen.

Ich kehre jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuführen.

Ludendorff.

Diese „Klarstellung“ soll General Ludendorff haben. Sie soll sich aber nicht vollziehen in Konventionen und geheimen Kabinetten, sondern vor den Schranken des Staatsgerichtshofes, vor die General Ludendorff mit samt allen anderen Schuldigen des Weltkrieges gehört.

Eberts Bureau.

Die „P. B. N.“ melden aus Weimar:

Das Bureau des Reichspräsidenten Ebert wird zunächst aus dem bisherigen Interimsekretär der Reichskanzlei Kurt Baake und aus dem bisherigen Privatsekretär des Präsidenten, dem Mitglied der Nationalversammlung Krüger-Röpenitz, bestehen. Außerdem wird dem Präsidenten je ein Vertreter des Auswärtigen Amtes (Geheimrat Kabanig) und ein noch nicht bestimmter Vertreter des Kriegsministeriums beigegeben werden.

Und Wolffs Bureau telegraphiert:

Die Nachricht, daß der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie v. Höpferdorff zum Oberhofmarschall des Reichspräsidenten ernannt worden ist, ist unzutreffend. Naturgemäß ist die Stellung eines Oberhofmarschalls beim Reichspräsidenten nicht vorgesehen.

Wissell in Gotha.

Weimar, 24. Februar. Wolff schreibt:

Minister Wissell hat sich am Sonntag vormittag nach Gotha begeben, um sich über den Stand der Dinge zu erkundigen und die Möglichkeit für eine Beendigung des Generalstreiks der Arbeiter und des Gegenstreiks der Beamten zu prüfen. Die Verhandlungen mit Vertretern der politischen Volksbeauftragten, den südtürkischen Behörden und der Arbeiterschaft, an denen auch der Generalmajor Waelder teilnahm, zeigten, daß die Verhältnisse in Gotha bereinigt werden können. Nachrichten nach übertrieben sind, und daß man zu einer baldigen friedlichen Beendigung des Streiks durchaus geneigt ist. Minister Wissell wies mit Nachdruck darauf hin, daß die Brigade Waelder die Stadt erst nach Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben insbesondere nach Ausräumung der noch in den Händen der Verwirrten befindlichen Waffen, verlassen werde. Die Volkseigenheiten des Landes werden deshalb erneut zur Waffenlieferung aufgerufen. Man darf erwarten, daß dieser ernste Schritt den erhofften Erfolg haben wird. Wissell wird die Regierungslinien auf Abnahme Weiners für die Bemachung von Heereszug erforderlicher Kommandos der Stadt abseits mit der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit verlassen.

Die Behandlung Ledebours.

Der preussische Justizminister Geiseler hat bekanntlich in der Nationalversammlung erklärt, daß Gen. Ledebour Grund zu Beschwerden hätte.

Da dieser offizielle Verleumdungsverdacht durch Verdächtigungen und Verdrehungen im Verlaufe der Verhandlung nicht, haben wir bei dem Genossen Ledebour selbst nähere Erklärungen erlangen. Danach steht folgende Seite auf eine Beschwörung des Volksgenossen hin war bei Ledebour der Vorsatz vorhanden, Ebert zu verklagen, der aber nicht in die Lage gekommen ist, dies zu tun. Auf die Frage dieses Herrn, was er denn für Beschwörungen habe, erklärte Ledebour, er wolle zunächst feststellen, daß die Beschwörungen nicht in irgend einer Angelegenheit, sondern in der Verwaltung keine Klagen zu führen habe; es sei anzuerkennen, daß die Beschwörung alles zu Erfassung der Diktatur, was sie im Rahmen ihrer Befugnisse tun können. Wohl aber habe er Beschwörungen zu führen über seine Unfähigkeit, noch dem Befehlsgelände, das ein ehemaliges Bundeshaus, in dem die Verhandlungen nicht stattfanden. Der Substanz in den Beschwörungen und sonstige Holzwerk ist völlig vernichtet und läßt sich weder prüflich reinigen noch trocknen. Der Bestimmung von Anwälten (Warten) befreiten diese kommt, daß die Verhandlungsdurchführung durchaus ungenügend sind. In der vorangegangenen Sitzung wurde die Behandlung in der Folge so niedrig, daß E. nicht schreiben konnte und man in Berlin einnahm, daß der Herr Herr war. E. wird sehr lebhaft, Einrichtung ist auch, daß an Stelle von Wasserleitungs die Arbeit sich mit einem primitiven Nadelstich begeben muß. Aus alledem haben sich auch schon rechtheliche Beschwörungen ergeben. E. steht an Nothilfsmaßnahmen und Schwindelaktionen. Rasch ließ sich auch Grund zur Beschwörung über Deamie erheben; denn an dem nämlichen Tage, an dem Geiseler seine Beschwörung in der Nationalversammlung hielt, hat man Frau Ledebour, die in umfassender Weise durch Jurektion von Lebensmitteln ihrem Gatten den Göttergöttern fast entzückt, als sie auf Grund einer Beschwörung mit der Verhaftung um 10 Uhr morgens in den Gefängnis-Corridor erklärt, bis 1 Uhr in den Gassen gehen, ehe sie eine Unterredung mit ihrem Manne durchlöcheren konnte.

Abgesehen von diesem soll sich Ledebour's Beschwörungen also nicht gegen die Verwaltung, wohl aber gegen die höheren Klagen und damit auch gegen die Regierung selbst, die an seiner Unfähigkeit in einem gesundheits-schädlichen Aufenthalt die Schuld trägt.

Darüber hinaus aber bleibt der schwerere Vorwurf auf der Re-

gelierung hatten, daß sie Ledebour hat verhaften lassen, oder vielmehr die willkürlich von einer Offizierskamarilla vorgenommene Verhaftung Ledebour's mehrere Tage später zu legalisieren versucht hat, wofür er als Vorsitzender einer niederrheinischen Ausschüßungskommission zu jener Zeit, am 10. Januar, in Wassenkühlstands- und Ungleichverhandlungen mit der Regierung selbst begriffen war.

Auf internationalen Beziehungen überreden kommt das Verhalten der Ebert-Schweidemann-Regierung Ledebour gegenüber darzutun, als wenn französische Soldaten in Brau auf einen Faust den deutschen Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, den Minister Erzberger, unter Todesandrohung aus dem Bett geholt und in Haft verschleppt hätten, und dann nachherlich die französische Regierung den Versuch machen würde, die Verhaftung zu legalisieren wegen irgendwelcher Verordnungen, die Erzberger sich vor Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen annehmen hätte zuschulden kommen lassen.

Dieses Verfahren der Regierung ist ein Verstoß wider Treue und Glauben, das selber in der Nationalversammlung nicht gezeugt wurde.

Das Auswärtige Amt als Zensur.

Schweizer Zeitungen bringen folgenden Brief an Dr. E. Stalgebauer zum Abdruck:

Karlsruhe, den 30. Januar 1919.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Als Dramaturg und Literat halte ich mich für verpflichtet, Ihnen eine Aufklärung zuzulassen zu lassen, damit Sie in der Lage sind, zu entscheiden, ob folgende Maßnahme seitens des Auswärtigen Amtes in Berlin ihre Berechtigung hat.

Die Generaldirektion hier erhielt ein Schreiben seitens des Auswärtigen Amtes in Berlin, das beauftragt, daß Aufklärungen ihrer Seite auf deutschen Bühnen nicht zugelassen werden, weil sie während des Krieges stets antideutsche Tendenzen gezeigt hätten.

Wie gesagt, teile ich Ihnen das nur mit, weil ich keinen Grund sehe, Ihnen die Mitteilung des Auswärtigen Amtes vorzuenthalten.

In ergebener Begrüßung

gez. Dr. Wolf Roennede.

Die „antideutschen“ Tendenzen Bühnendauer sind bekannt; er war lediglich einseitiger Propagandist und Kriegsgegner. Aber abgesehen davon — wobei nimmt das Auswärtige Amt überhaupt das Recht, irgendeine Aufführung irgendwelches Stückes zu verbieten? Dieser Fall unbeschadet und unversämter Zensur-anmaßung bedarf dringend der Aufklärung.

Die Wahrheit über Düsseldorf.

Düsseldorf, 24. Februar. Der Verständigungskommission des Zentralrates des A- und S-Rates Essen gelang es nach Verhandlungen mit dem Vorgesetztenrat Düsseldorf eine Einigung zu erzielen. Die Bedingungen des Waffenstillstandes wurden angenommen, namentlich die vollständige Ausräumung der Waffen, Freilassung der beiden Geiseln des Fernspreckamtes und die Zurückziehung des nichtamtlichen Personals dorthin. Die Oberpostdirektion verpflichtet sich dagegen, den Fernspreckbetrieb sofort wieder auszunehmen. Der Generalstreik wurde mit großer Mehrheit als abgebrochen erklärt.

Ein „Sieg“ des Freikorps „Hülse“.

Bei den Abrechnungs-Kommandos des 1. Garde-Infanterie-Regiments, die am 11. Februar erlassen wurden, erhielt am 11. Februar Befehl, bis zum 15. Februar das Lager zu räumen und dem Freiwilgen-Korps „Hülse“ Platz zu machen. Die kurze Frist machte es jedoch unmöglich, bis zum fraglichen Termin auch das richtige Ausräummaterial der 30 Schreibstuben mit den 250 Schreibern nach den neuen Quantitäten in Spandau zu überführen. Trotz sofort erbetenen Einspruchs seitens des Bail-Kommandeurs, des Soldatenrates und einer gewählten Kommission beim General-Kommando und beim Korps „Hülse“, bestand letzteres taktlos auf unbedingter, völliger Ausräumung bis zum festgesetzten Tag. Einmal, unter Hinweis auf die nachteiligen Folgen der Überhastung, fürchtigen Räumung, wurden mit dem herausfordernden Worten abgelehnt: „Wenn Ihr nicht räumt, dann räumen wir!“. Nachdem der größte Teil des Bails, das aber freiwillig verlassen hatte, 303 des Korps Hülse in unerhörter herausfordernder Weise in Döberitz ein. Unmittelbar vor dem Einmarsch erlöste das scheinbare Kommando: „Laden!“, als handelte es sich um einen Sturmangriff. Die erste Feldpatulle war das Herunterholen der roten Fahne vom Lagerort. Sodann wurden die Wagen gewaltig abgeladelt und das Lager geäubert. Streifenkommando und Radfahrerpatrouillen, teilweise bewaffnet mit Stahlhelmen, bis an die Fahne bewaffnet, wurden mit geladenen Gewehren, Revolvern, Handgranaten, über das ganze Lager zerstreut, um die „Ausräumung“ streikfrei durchzuführen. Zurückgebliebene Wohnwagen- und Schreibstubenkommandos wurden mit vorgehaltenen, geladenen Gewehren und Handgranaten gezwungen, unter Zurücklassung der Schreibstuben und des Privatigentums das Lager sofort zu verlassen. Verschiedene Schreibstuben und sonstige Räume wurden erbrochen, die Inneneinrichtungen teilweise verworfen, die Bekleidungskammern vielfach ausgeplündert, auf verschiedenen Proffammern das Brot (bis zu 50 Stück) geraubt. Räumungsarbeiten wurden aufgestellt, im Reihen der Schwärmer Zuhilfenahme. Auf die Fragen, warum man gegen die streikenden Arbeiter kein Verbot erlassen, antworteten die Kommandos: „Wir sind unabhängig und Spontankräfte!“ Verschiedentlich wurde die gewalttätige Räumung mit dem Schlußwort: „Hinaus mit euch Spontankräfte!“ begleitet.

Schlimmer als die Vandalen hat das Hülsekorps in der Geschäftszimmer des Reichstags gebrochen Türen und Scheitelle wurden erbrochen, die in den Scheitellmaterial und Privatigentum wurden gestohlen. Sowie die für geordnete Durchführung der Demobilisierungsarbeiten so wichtigen Akten nicht zertrüßern, vernichtet und auf der Straße genossen sind, hat man alles Demobilisationsmaterial, Versorgungsmittel, Militärpässe, Rentenlisten, Abport- und Mängelwesen, Geldschäftbücher und sonstige unerschöpfbare Militärpapiere und Schriftstücke in einem großen Raum zu einem wirren, unübersichtlichen Durcheinander zu einem unentwirrbaren Papierberg aufgefächert. Am schwersten ist hindurch die Versorgung und Rentenabteilung betroffen. Die durch jahrelange Arbeit gewissenhaft aufgestellten Rentenversorgungsakten unserer Kriegsbeschädigten sind durch brutale Zerstörung und des Korps „Hülse“ zerstört, zertrümmert, vernichtet und auf die Straße geworfen. Der Schaden ist unerschöpflich und nie wieder gut zu machen. Die Verantwortung für den Verlust und die katastrophalen Folgen hat der Kommandeur des 1. Garde-Infanterie-Regiments, abgelehnt, sie fällt mit voller Macht auf das Korps „Hülse“. Eine nur annähernd geordnete Weiterführung der Geschäfte des Bataillons ist dank der haarsträubenden Zerstörung des Hülsekorps einfach ausgeschlossen.

Wir wollen gar nicht davon reden, daß durch das „Americhische“ Vorgehen der Hülse-Korps die Mannschaften des Ersatzbataillons jetzt abgedrückt auf der Straße liegen, wir wollen auch gar kein Gewicht darauf legen, daß die Offiziere Hülse das vorgeblich „Söldnerkorps“ folgt zu einem „Söldnerkorps“ gemacht haben — das erscheint bei solchen Herren selbstverständlich — aber wir schreien und den Einfachen allig an, wenn sie jagen:

„Was sagt das Korps „Hülse“ zu dieser Unschuldigung? Was sagen die Kriegsminister, die Reichsminister, die Regierung, zu dieser Unschuldigung des Hülsekorps?“

Über wir können ihnen recht haben, das ist nicht schwer. Die Regierung wird in einem We alle Schuld bezeugen können, wenn man sie zur Rede stellt.

Forderungen sozialistischer Soldatenräte.

Dresden, 24. Februar. In einer Versammlung von A- und S-Mitgliedern aus dem 2. Garde-Infanterie-Regiment in Dresden wurde heute beschlossen, alle Offiziere sofort nach ordnungsmäßiger Übergabe ihrer Dienstakten aus dem Truppenbereich auszuscheiden. Eine Delegation dieser Versammlung hatte am Nachmittag eine Besprechung mit dem Kriegsminister, wo sie ihre Forderungen formuliert, daß bereits einige Tage vorher der Minister verfügt hätte, daß die Verabschiedung aller kriegsmilitärischen Offiziere, sowie aller kriegsmilitärischen Offiziere, die erst während des Krieges Offizier geworden sind, ferner aller Offiziere a. D., S. D. und des Reichsausschusses in die Wege zu leiten sei. Es war, hier ist die Forderung gegeben, daß die Auflösung des gesamten alten Heeres rasch erfolgt und auch die Entlassung des Jahrgangs 1899. Da, wo Differenzen bestehen, sollen diese durch eine Kommission von je zwei A-Räten und zwei S-Offizieren geschlichtet werden. Es wurde noch lebhaft ausgedrückt eine volle Verständigung erzielt.

Paradies für Arbeitslose.

Die Gehe gegen die Arbeitslosen nimmt in der literarischen Presse ihren Fortgang. Täglich wird von neuem behauptet, es diene sich auf dem Lande genug Arbeitsgelegenheit, aber die Arbeitslosen seien nicht gefunden, diese anzunehmen, weil es ihnen lieber sei, auf Kosten der Gesundheit zu krameln.

Mit Vorliebe wird dabei auf den Arbeitermarkt im Braunkohlengebiet hingewiesen. Die dort fehlenden Arbeitskräfte sollen die Hauptschuld an der Arbeitslosigkeit tragen. Das ist aber nicht richtig. So teilt uns der Leiter eines Arbeitervereines in einem südtürkischen Brevier mit, daß er sich vor einigen Tagen telefonisch an den Arbeiterausschuss in Eisenberg gewandt hat, um dort nachzufragen, ob Arbeitslose unterzubringen sind. Es wurde ihm erklärt, keine Leute mehr nach Senftenberg zu schicken, da alles bezahlt sei. Zugänglich müßten hunderte von Leuten werden, um dort unterzubringen zu werden vor allem nicht möglich, für die Arbeiter Quartiere zu beschaffen.

Die Böden, die im Braunkohlengebiet gebrochen werden, sind außerdem keineswegs brach. Für die Arbeiter Quartiere werden pro Schritt 9—12 Mk. geboten. Diese Versteigerungsarbeiten zu verrichten und es haben sich schon in Friedenszeiten sehr wenige einheimische Arbeiter für diese arbeitsreiche Tätigkeit. Es wurden daher in der Hauptsache Polen und Galizier verwendet. Siegelarbeiter werden pro Tag sogar nur 5—6 Pfennig geboten. Es ist anzunehmen, daß bei diesen Böden der Versteigerer, der von der Stadt auf dem Land geht, nicht Familie etwas schiden kann.

Nach schlimmer liegen die Verhältnisse in der Braunkohlengruben. Hier herrscht die Unterbringung der Arbeitslosen nicht nur an der Kohntage, sondern auch an der Unterwelt. Die verabschiedeten Zustände auf dem Gebiet der Braunkohlengruben sind genügend bekannt. Die Herren wohnen in Hütten, die Arbeiter hausen in elenden Behältnissen. Die besten Arbeitsgelegenheiten bieten als ein Sammelplatz, um gegen täglich höchstens von Arbeitern zu die gefunden werden, auf dem Lande zu arbeiten. Aber die Ausführung dieser Wünsche, welche an den tatsächlichen Zuständen auf den großen Gütern, als Beispiel wollen wir nur das folgende sozialistische Ergebnis eines arbeitslosen Arbeiters wiedergeben.

Ein gelehrter Klempner beobachtet Mitte Januar mit noch 18 Kindern, während nach dem Orte Wessberg, Kreis Ruppin. Der Lohn für ein Arbeiter Arbeiter betrug dort pro Tag 2 Mark nebst freier Verpflegung. Das Gut hatte 100 Müllkäufe, viele Schweine, Gänse und Hühner. Die Leute hielten, bis der Lohn sehr niedrig war, meistens eine gute Wirtschaft vorzuführen. Aber als bei der Natur erlebten sie eine große Enttäuschung. Als Wasser um wurden ihnen zwei Hektar mit schlechtem schließenden Kerkern und Bächen angeschlossen. Die Handwerker waren in der Bauweise vertrieben, so daß in den Kammern eine jämmerliche Miste herrschte. Durchlöcherungen waren nicht vorhanden, die Leute mühten sich erst durch Löcher um zu bekommen einige schäbste Stühle zum Sitzen. Bis schließlich es eine Tafel Brot und eine Suppe war. Die Arbeiter einen Keller vollbrannten, zum Besten werden eine Müllküufe, mit Wasser beschaffen ohne Fleisch und abends eine geschmacklose Kartoffelsuppe.

Bei dieser Zeit hatten die Leute von morgens 7 1/2 Uhr bis Abends 5 Uhr im Wald gearbeitet und Holz geschnitten. Die Arbeit, durchlöcher und unter dem Himmel im Regen zu stehen, was das Leben nicht leicht gemacht war. Aber die Leute konnten sich nicht helfen. Hier hat sich keine Arbeit, die Arbeit zu finden. In den Orten nicht Arbeit war. Arbeiter hatten nur das zu tun, auf das elende Brot, um an anderen Tagen zu verkaufen Brot und unter dem Himmel im Regen zu stehen. Die Leute haben sich nicht helfen können, die Leute haben sich nicht helfen können. Die Leute haben sich nicht helfen können.

Auf den anderen Gütern liegen die Verhältnisse nicht besser. Man kann es unter solchen Umständen den Leuten wahrhaftig nicht rügen, wenn sie sich nicht auf die Arbeit in dem Lande begeben. Die Sozialdemokratie hat sich nicht um die Arbeiter in der Braunkohlengruben gekümmert, die die Arbeiter in der Braunkohlengruben gekümmert haben. Die Sozialdemokratie hat sich nicht um die Arbeiter in der Braunkohlengruben gekümmert, die die Arbeiter in der Braunkohlengruben gekümmert haben. Die Sozialdemokratie hat sich nicht um die Arbeiter in der Braunkohlengruben gekümmert, die die Arbeiter in der Braunkohlengruben gekümmert haben.

Erfolgt aber die Arbeitslosigkeit nicht durch die Zerstörung der Wirtschaft, sondern durch die Zerstörung der Wirtschaft, dann ist die Arbeitslosigkeit ein Problem, das nur der Sozialismus vermag ihm Herr zu werden.

Die Gemeindevahlen.

Das Ergebnis der Wahl in Berlin ist dem „Vorwärts“ sichtlich unangenehm. Knistert seinen Lesern die Ergebnisse vollständig vorzulegen, bleibt er auch diesmal seiner alten Methode treu, die Wahrheit zu verkleinern. Er verschweigt ihnen deshalb die genauen Ergebnisse der Wahl in Berlin ebenso wie die aus den Vororten, in denen die Rechtssozialisten auch überall gewaltige Stimmenverluste haben.

Aber noch schlimmer ist es, daß der „Vorwärts“ den ganz unwesentlichen Rückgang der Stimmenzahl der U. S. P. (insgesamt nur 10 000 Stimmen) als einen Rückgang von 14 Prozent bezeichnet. Da wir nicht annehmen können, daß die „Vorwärts“-Redakteure nicht imstande sind, auszurechnen, daß ein Rückgang von 10 000 Stimmen bei einer Gesamtstimmenzahl von 270 000 nur 3,7 Prozent beträgt, so bleibt nur die Annahme übrig, daß sie mit dieser Angabe eine kleine Fälschung begehen wollten. Es bleibt aber trotzdem dabei: daß die Rechtssozialisten gegenüber der Preußenwahl 100 000 Stimmen verloren haben, die Unabhängige Partei aber nur 10 000, so daß sie jetzt die stärkste Partei in Berlin ist.

Wahlergebnisse.

Charlottenburg. Die amtlich festgestellten Zahlen lauten zumehr: Rechtssozialisten 40 130 Stimmen, 22 Sitze, Unabhängige 23 712 Stimmen, 14 Sitze, Deutschnationale 19 636 Stimmen, 11 Sitze, Deutsche Volkspartei 16 784 Stimmen, 9 Sitze, Christliche Volkspartei 6944 Stimmen, 1 Sitz, Mittelstand 6912 Stimmen, 4 Sitze, Demokraten 27 646 Stimmen, 18 Sitze.

Wilmersdorf. Rechtssozialisten 1131, Unabhängige 2072, Bürgerblock 917.

Köpenick. Bürgerblock 830 (6 Sitze), Rechtssozialisten 810 (6 Sitze), Unabhängige 1137 (9 Sitze).

Niederschöneweide. Rechtssozialisten 1687 (8 Sitze), Unabhängige 1719 (3 Sitze), Demokraten 930 (4 Sitze), Bürgerblock 860 (4 Sitze).

Stahnsdorf. Bürgerblock 135 (1 Sitz), Rechtssozialisten 578 (6 Sitze), Unabhängige 72 (2 Sitze).

Leitzow. Rechtssozialisten 1176 (11 Sitze), Unabhängige 252 (2 Sitze), Bürgerlicher Block 602 (2 Sitze).

Sonnenberg. Rechtssozialisten 8 Sitze, Unabhängige 1 Sitz, Bürgerlicher Block 9 Sitze.

Johannisthal. Rechtssozialisten 949 (6 Sitze), Unabhängige 1008 (7 Sitze), Demokraten 497 (3 Sitze), Bürgerlicher Block 275 (2 Sitze).

Berlin. Rechtssozialisten 1890 Stimmen, Unabhängige 1350 Stimmen, Demokraten 1354 Stimmen, somit je 5 Stadtverordnete.

Völkische. Rechtssozialisten 6210, Unabhängige 1233, Demokraten 2718, Bürgerliche Parteien 10 866. Mandatsverteilung noch nicht festgelegt.

Schlesien. Rechtssozialisten 2440 (7), Unabhängige 639 (2), Demokraten 1549 (5), Bürgerliche Parteien 4407 (14), Hausbesitzer 708 (2).

Preußen. (Gesamtresultat): Unabhängige 4563, Demokraten 2601, Bürgerlicher Block 2070, Rechtssozialisten 6347.

Westpreußen. (Gesamtresultat): Unabhängige 392, Demokraten 204, Rechtssozialisten 694, Bürgerliche Parteien 731.

Polen. (Gesamtresultat): Unabhängige 2505, Bürgerliche Parteien 1841, Rechtssozialisten 6947, Zentrum 449, Arbeiterverein 612.

Brandenburg. Rechtssozialisten 941 (3 Sitze), Unabhängige 634 (3 Sitze), Bürgerblock 2156 (9 Sitze).

Brandenburg. Rechtssozialisten 2108 (5 Sitze), Bürgerblock 2490 (9 Sitze), Rechtssozialisten 2515 (7 Sitze).

Oberbrandenburg. (Gesamtresultat): Unabhängige 5696, Demokraten 1824, Rechtssozialisten 2066, Christliche Volkspartei 774, übrige Bürgerparteien 447.

Sachsen. Unabhängige 1182 (6 Sitze), Rechtssozialisten 901 (4 Sitze), Bürgerblock 542 (2 Sitze).

Sachsen. Rechtssozialisten 1112 (5 Sitze), Deutschnationale 718 (3 Sitze), Deutsche Volkspartei 868 (4 Sitze), Demokraten 602 (3 Sitze), Gesamt 10 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten.

Brandenburg a. d. O. Von 48 Sitzen erhielten 27 die Rechtssozialisten, 10 die Unabhängigen, 10 die Demokraten, 5 die Mittelständler, 3 die Deutschnationalen und 1 die Christliche Volkspartei.

Soziales.

Die Konsumvereine in der Warenverteilung.

Um den Konsumvereinen in der Kriegswirtschaft endlich die Stelle einzuräumen, die sie ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung nach längst zu beanspruchen gehabt hätten, sind vom Staatssekretär des Reichsernährungsamtes Anfang Januar d. J. Richtlinien herausgegeben worden, die für den Großhandel sowohl als auch für die Konsumvereine die Warenverteilung regeln. Die Konsumvereine hatten, bevor diese Richtlinien herausgegeben wurden, sehr häufig darüber zu klagen, daß sie von den Gemeindebehörden für ihre Mitglieder nicht immer die Waren bekommen, die sie vor dem Kriege bereits gekauft haben. Alle Beschwerden blieben erfolglos, weil man sich in der bürokratischen Verwaltung seinerlei Mühe machte, sich mit dem Wesen der Konsumvereine näher vertraut zu machen. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Verhalten eine Änderung Platz greifen mußte in dem Moment, als ein Genossenschaftler an die Spitze des Reichsernährungsamtes berufen worden ist. Dabei sei ausdrücklich betont, daß der Staatssekretär Wurm den Konsumvereinen keine Bevorzugung zuteil werden ließ, sondern lediglich veranlaßte, daß die Konsumvereine für diejenigen Mitglieder, die ihre Waren im eigenen Geschäft holen wollen, auch die genügenden Mengen überwiesen erhalten. Um ganz einwandfrei festzustellen, wieviel Mitglieder für sich und ihre Familienangehörigen für die Folge die Lebensmittel aus den Konsumvereinen beziehen wollen, haben sich die letzteren verpflichtet, durch Umfrage die diesbezüglichen Feststellungen zu machen.

Kaum sind die Richtlinien bekannt geworden und schon beginnt ein großes Ressentiment gegen die Konsumvereine. Die Kleinhandlärer lassen alle Mienen springen, um nachzuweisen, daß die Konsumvereine bevorzugt werden sollen oder daß die Konsumvereine jetzt mit Waren beliefert werden sollen, die sie früher nie gekauft hätten und dergleichen mehr. Andererseits sind Gemeindebehörden vorhanden, die nicht abgeneigt sind, auf diese unzureichenden Darstellungen des Kleinhandels Rücksicht zu nehmen. Man muß sich wundern über den Mut, den manche Gegner der Konsumvereine ausbringen, um das Gegenteil von dem zu beweisen, was der Wahrheit entspricht. Andererseits läßt dieses Verhalten allerdings auch erkennen, wie sehr die frühere Regierung bzw. die behördlichen Organe der Konsumvereine benachteiligt und den Kleinhandel bevorzugt haben.

Wurm ist ja nun nicht mehr Staatssekretär, aber hoffentlich wird trotzdem vom Reichsernährungsamt darauf hingesehen werden, daß die Richtlinien reiflich zur Durchführung gelangen.

Des weiteren ist es natürlich auch eine Aufgabe der parlamentarischen Gemeindebehörden, danach zu sehen, daß in der Gemeinde die Richtlinien auch voll und ganz zur Durchführung kommen. Ebenso dürfte es eine dankbare Aufgabe der Arbeiterräte sein, dahin zu wirken. Es ist dies um so notwendiger, da Konsumvereine gemeinnützige Unternehmen sind, die namentlich wenn der Nahrungsmittelhandel in den Gemeinden sozialisiert werden soll, mit ihren Einrichtungen eine recht brauchbare, gesunde Grundlage bieten. Denn grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß bei der Warenverteilung die Verbraucherinteressen in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Sie werden aber nur gewährt in der konsumgenossenschaftlichen Organisation, und deshalb muß für unsere Genossen in den Gemeinden Rücksicht sein: „Dem Konsumverein, was dem Konsumverein gebührt!“

Groß-Berlin.

Ahnungen.

Zwischen grauen Mauern ein Fleckchen Park. Noch vor wenig Tagen lag Schnee darüberbreitet und unfreundliches Dunkel. Gestalten bückten über den Platz; nur hier keinen Aufenthalt. Heute sitzen im warmen Licht Menschen auf allen Bänken, sich zu freuen am Sonnenglanz, sich zu laben am Duft des frühen Frühlingstages. Sie ruhen aus. Mütter schreiten hinter Kinderwagen, kleine Mädchen spielen mit Reifen, eine Kinderwärtlerin übt — Geigenklänge im Ohr, das Bild des Freundes vor dem Auge — Tanzschritte mit einem widerstrebenden Buben. Alle fühlen das Rieseln erster Reizjahre in den Gliedern.

Die Beete sind noch unberührt; die pflegende Hand ruht noch. In den Lüften aber liegt kommendes Werden, werdende Schönheit.

Die Winternacht ist gewichen. Soll es auch im Leben der Menschen, des Jungen, des Volkes heller werden? Lie Nachts des Krieges will dem Frieden weichen; Grauen und Mord sind fast vergessen. Die Tage grauer Rebel waren die rechte Sülle für den blutigen Bruderkrieg; in menschengefüllter Stadt, für den Mordmord, für das Rasen gedungener Banden. Wird auch das nun vorbei sein? Werden die Menschen sich wiederfinden im Glauben an das Geistige? Werden sie in der Helle goldener Reizjahre alles Falsche, Wilde, Schwarze abstreifen?

Knaben führen ein Spiel auf, das Krieg sein soll, ein Nachklang aus dunkelster Zeit, gepflegt durch eine falsche Schule. Aber es ist kein Krieg. Es ist das Ausströmen einer sprudelnden, aber verführten Phantasie, starker, aber falsch geleiteter Instinkte. Im Wesen ist der werdende Mensch rein, erfüllt von unbewußter Sehnsucht nach dem Schönen, abhold dem Blutigen.

Wird das endlich durchbrechen? Reizdünste wehen. Der Menschen Augen blicken gläubiger, ihre Herzen schlagen tapfer, die Seelen fühlen freier. Sie ahnen kommendes Werden, Besserwerden.

Ein mißglücktes Manöver.

In der letzten Spandauer Stadtverordnetenversammlung versuchten die bürgerlichen Stadtverordneten die letzte Stunde, die ihnen noch die Macht in den Händen ließ, zu einem Attentat gegen die Bevölkerung auszunutzen. Nichts anderes als die Neuwahl des Bürgermeisters war geplant, trotzdem die Regierung durch Verordnung bestimmt hatte, daß infolge der zu erwartenden anderen Zusammensetzung der Gemeindevertretungen alle Neuwahlen seitens der alten Körperchaften zu unterbleiben haben. Ein Antrag des sozialdemokratischen Stadtverordneten Piel, den Punkt von der Tagesordnung abzulassen und den Arbeiterrat der Staatswerkstätten zwecks Einlegung eines von allen anwesenden Arbeitern der Spandauer Staatswerkstätten unterstützten Protestes gegen die Bürgermeisterwahl zu empfangen, wurde von der Versammlung unter großer Unruhe auf den hart besetzten Tribünen und der vollständig erschienenen Arbeiterratmitglieder abgelehnt. Die letzteren erklärten, die Wahl unter keinen Umständen zulassen zu wollen. Darauf verlegte der Vorsitz der Versammlung auf 10 Minuten. Nach Wiedereröffnung gab er bekannt, daß die Stadtverordneten beschlossen haben, überhaupt nicht mehr weiter zu sagen. Es wurde dann schnell noch über einen Antrag abgestimmt, der besagt, daß die Kommissionen, die zur Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln eingesetzt sind, ihre Funktionen ausüben sollen, bis die neue Versammlung sich konstituiert hat. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. So nahm denn die letzte Sitzung des Privilegienparlamentes in Spandau ein unruhliches Ende.

Forderungen der Arbeiter.

Die Arbeiter und Angestellten der U.S.P.-Werke (Apparate-Fabrik) fordern, daß die von den Arbeiterräten und Kollegiaten aufgestellten Richtlinien zur baldigen Durchführung zu bringen sind. Sie erklären, daß sie geschlossen hinter ihren Arbeiterräten stehen.

Rowdytum.

Aus Kremen wird uns berichtet: Am Sonntag ging der Arbeiter Richard Uebel an einem dem Dampfagewerkschreiber Herrn Kriese gehörigen Etichonal entlang, um seinen Weg abzukürzen. Pöblich wurde er von Herrn Kriese angegriffen, und als er nicht stehen blieb, sondern seinen Weg ruhig fortsetzte, ließ ihm Kriese noch, zog einen Browning aus der Tasche, legte ihm diesen auf die Brust und drohte ihm mit Erschießen. Ohne jede Veranlassung, da Uebel keine Waffe bei sich hatte und auch keine Miene machte, Herrn Kriese anzugreifen. Nur durch die Kaltblütigkeit und Besonnenheit des Uebel ist es zum Blutergießen nicht gekommen. — Wie uns weiter mitgeteilt wird, fühlt sich das Bürgertum seit der Einquartierung des Lüchow-Korps überhaupt sehr kräftig und tritt den Arbeitern herausfordernd gegenüber. Wie kommt der Mühlenbesitzer überhaupt zu einem Revolver? Wir fordern, daß ihm dieser sofort abgenommen wird, denn er gerade hat gezeigt, daß in seinen Händen eine Waffe leicht zur Verhinderung unschuldiger Menschenleben führen kann. Und es wird doch gerade in der jetzigen Zeit genug mit dem Säbchiesen viel zu viel herumgeschüttelt, in den meisten Fällen um nichts und wieder nichts. Diesem Rowdytum muß mit aller Strenge zu Leibe gegangen werden.

Ein Ehe drama hat sich gestern (Montag) nachmittags in der Klarenbachstraße, im Korridor der Stadt, abgespielt. Der 33 Jahre alte Hülfsredakteur Hermann Kühner erlag dort seine 28 Jahre alte Ehefrau Eise, geb. Thiele und stellte sich dann selbst der Polizei. Frau Kühner wohnte getrennt von ihrem Manne in der Klarenbachstraße 12. Kühner war gestern nachmittags in der Wohnung seiner Frau gegangen, um mit ihr eine Aussprache herbeizuführen. Als die Frau auf seine Vorschläge nicht einging, ihn vielmehr brüllend zurückwies, zog der Mann plötzlich einen mitgebrachten Revolver, schob auf seine Frau und verlor sie so schwer, daß sie auf der Stelle verstarb. — Zu der

mi geteilt, daß ich auch die erlöschende Begierde des schwermütigen Mannes festgehalten worden ist. Die Tote ist eine Frau Eise Thiele, die bei ihren Eltern in der Klarenbachstraße wohnte. Frau Thiele war mit einem Eisener verheiratet, der sich in Paris aufhält. Eise hatte sich ihr schon seit längerer Zeit mit Liebesanträgen genähert und von ihr verlangt, daß sie sich von ihrem Manne scheiden lassen solle. Wahrscheinlich hat er diese Forderung auch in dem Hotel an sie gestellt und als sie nicht einwilligte, den Revolver gezogen, um gemeinsam mit ihr aus dem Leben zu scheiden.

Lichtbilderorträge. Mittwoch, den 25. Februar: Im Königl.ädtischen Realgymnasium, Dr. Brühl über: Die Schätze des Meeres. (1. Vortrag: Seealg, Bernstein, Meerespflanzen. Beginn 6 Uhr.) — Im Institut für Meereskunde, Prof. Dr. Riethe über: Auge und photographische Platte. — Im Sophien-Gymnasium, Dr. Spehmann über: Bilder aus Deutschlands Gauen. (2. Vortrag: Deutschlands Wasserlande von Emden bis Hamburg.) — Donnerstag, den 27. Februar: Im Institut für Meereskunde, Prof. Riethe über: Geographische Charakterbilder aus allen Zonen der Erde. (1. Vortrag: Eine Mittelmeerreise.) — Freitag, den 28. Februar: Im Institut für Meereskunde, Dr. Armbruster über: Aus dem Leben der Bienen. (1. Vortrag: Biologie und wilde Bienen.) — Im Sophien-Gymnasium: Dr. Widrich über: Kupferarmadure der heimischen Pflanzen für den Gaudium. (4. Vortrag: Der Nährwert der Bioge, das Sammeln und Konservieren für den Haushalt.) — Beginn, wenn nicht ausdrücklich anders bemerkt, regelmäßig 8 Uhr. Eintritt 15 bzw. 10 Pf. für jedermann.

An Gesang in Belgien können die sonst auch mit anderen freundlichen Ländern im Gesangensbereich angefallenen Sendungen abgehandelt werden. Nur die Annahme von Postpaketen an diese Gesangens ist vorläufig eingestellt. Verhandlungen wegen Wiederzulassung der Posten sind im Gange. Postanweisungen sind zur Umschreibung an das niederländische Postamt in Haag zu richten.

Freie Jugend, Berlin-Südwest. Mittwoch, 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Köhler, Rüttemerstr. 9, Musikalischer Sammlungs-Lageordnung: Unsere Reichsregierung (Hr. Schlimmer).

Alterturner Groß-Berlin. Sonnabend, 1. März, abends 7 Uhr, in der Turnhalle Petersburger Straße 4, Probe zu unterem öffentlichen Turnen. Zahlreiche Teilnahme wird erwartet.

Lebensmittellieferer.

Pankow. Diejenigen Personen, welche auf den Bezugs- und Cultivationsabschnitt 7 und 9 der Pankower Lebensmittellieferer Salzhering bzw. Räucherwaren bisher nicht erhalten haben, können vom Dienstag, den 25. Februar 1919, ab in den nachbenannten Geschäften je 150 Gramm Kräuterhering (Preis 50 Pf. für 150 Gramm) entnehmen: Blumenhof, Wollankstr. 27, Wozig Nachf., Becklerstr. 67, Opalle, Berliner Straße 47, Etzheim, Dreierstraße 24, Bajer, Schloßstraße 19, Wagnitz, Klosterstraße 27.

Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

Hermann Ahrens. Der Umbau unserer gesamten deutschen Volkswirtschaft. Die Sicherung der Existenz. Einheitssteuer und Vergesellschaftung. 3. Auflage. 28 Seiten. Preis 1,50 M. Im Selbstverlag des Verfassers, Berlin-Tempelhof, Albrechtstr. 101.

Fritz Müll. Kerkerblumen. Gedichte aus der Kriegszeit. 78 Seiten. Preis 2,50 M. broschiert, 3,50 M. gebunden. Verlag Spartakus, Stuttgart-Deberich.

Edwin Hirtel. Aus Krieg und Kerker. Gedichte. 77 Seiten. Preis 2,50 M. broschiert, 3,50 M. gebunden. Verlag Spartakus, Stuttgart-Deberich.

Paul Heinemann. Die Organisation der sozialistischen Jugend. Berlin 1918. 20 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischen Jugendbibliothek, Berlin O 112, Kronprinzenstr. 30.

Prof. Dr. W. Vogel. Deutschlands bundesstaatliche Neugestaltung. Mit einer Karte. Berlin 1918. Verlag Dietrich Reimer (Ernst Köhler) Berlin. 16 Seiten. Preis 1,80 M.

Die Erde. Politische und kulturpolitische Halbmonatsschrift. Herausgeber Walter Rilla. Verlag „Die Erde“, Breslau, 3. Heft.

Der Einsige. Weisheit der Menschenkinder. Herausgeber Anselm Kueß und Throna. Druck: Paul Anort, Berlin-Wilmersdorf.

Carl Eckhoff. Geldreform — Weltreform. Verlag Carl Henze, Berlin. 24 Seiten. 50 Pf.

Alfred Fritzer. Revolutionsgewalt und Notstandsrecht. Rechtsstaatliches und Naturrechtliches. Nebst einigen Vorschlägen zu der neuen Verfassung. Verlag S. Guttenberg, Berlin 1918. 190 Seiten. Preis 6,50 M.

Die Volksmarine in Berlin. Wer sind und wer waren die Führer der Volksmarine-Division? Ihr Anteil an der Sicherung der Revolution. Nach autobiographischen Angaben herausgegeben von E. Heed-Schombach. Mit Bildbeispielen nach Originalaufnahmen. Berlin 1918. Verlag Buchverlag, Berlin W 25. Preis 1 Mark.

Die Aktion. 8. Jahrgang. Herausgegeben von Franz Hsemker. Moja Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis. 56 Seiten. Preis 1,60 M. Verlag „Die Aktion“, Berlin-Wilmersdorf.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Willepp, Reußh. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H. Berlin. — Druck der Endersdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Gute Bücher für den Ehestand

in mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Wien'ich

Werden, Sein und Werden von A. Fischer. Mit vier farbigen Tafeln und 276 Illustrationen. Preis gebunden 7,50 M., gebunden 10 M.

Wann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, sittlichen und kulturhistorischen Beziehungen von Dr. Mertens. Preis gebunden 6 M., gebunden 8 M.

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Anna Fischer-Dückelmann. 20. Auflage mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Model des Frauenkörpers. Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich, für jeden Gatten empfehlenswert. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Prof. Koblender nennt das begeistert aufgenommene Buch

Die aufgeklärte Frau

von Truzha Bogianoli: Das Beste, das je über und für die Frau erschienen ist. Mit vielen Illustrationen der Frau in allen Lebenslagen. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Wer über sich, die Ehe gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der Bildung haben hier ihr Bestes an Lebenserfahrung. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch Vogel & Co., Berlin W 9, Köthener Straße 27, Abt. 8.